

**BUNDESKANZLERAMT  VERFASSUNGSDIENST**

GZ • BKA-672.261/0002-V/1/2017

ABTEILUNGSMAIL • SLV@BKA.GV.AT

BEARBEITER • HERR MAG. CHRISTOPH LANNER

PERS. E-MAIL • CHRISTOPH.LANNER@BKA.GV.AT

TELEFON • 01/53115/202426

Antwort bitte unter Anführung der GZ an die Abteilungsmail

**Entwurf eines Staatsverträge-Bundesverfassungsgesetzes;  
Versendung zur Begutachtung**

An

die Österreichische Präsidentschaftskanzlei  
die Parlamentsdirektion  
den Rechnungshof  
die Volksanwaltschaft  
den Verfassungsgerichtshof  
den Verwaltungsgerichtshof  
alle Bundesministerien  
das Büro von Herrn Vizekanzler Dr. MITTERLEHNER  
das Büro von Herrn Bundesminister Dr. SCHELLING  
das Büro von Herrn Bundesminister Mag. DROZDA  
das Büro von Frau Staatssekretärin Mag. DUZDAR  
das Büro von Herrn Staatssekretär Dr. MAHRER  
alle Sektionen des Bundeskanzleramtes  
alle Abteilungen des Verfassungsdienstes  
die Geschäftsstelle der Plattform „Digitales Österreich“ beim Bundeskanzleramt  
den Datenschutzrat  
die Datenschutzbehörde  
die Anwaltschaft für Gleichbehandlung  
die Geschäftsstelle der Bioethikkommission beim Bundeskanzleramt  
den Familienpolitischen Beirat beim Bundesministerium für Familien und Jugend  
die Geschäftsführung des Bundessenorenbeirates beim Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz  
die Bundes-Gleichbehandlungskommission beim Bundesministerium für Bildung und Frauen  
den Österreichischen Rat für Freiwilligenarbeit  
den österreichischen Statistikrat  
den Rat für Forschung und Technologieentwicklung  
die Finanzmarktaufsicht  
die Kommunikationsbehörde Austria  
die Telekom-Control-Kommission

das Präsidium der Finanzprokuratur  
das Umweltbundesamt  
die Bundesanstalt „Statistik Österreich“  
die Bundesbeschaffung GmbH  
die Österreichische Bundes-Sportorganisation  
die Bundeswettbewerbsbehörde  
die Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH  
die Bundesgeschäftsstelle des Arbeitsmarktservice Österreich  
die Bundestheater-Holding GmbH  
die ÖBB-Holding AG  
die Österreichische Bundesforste AG  
die Österreichische Post AG  
die Telekom Austria AG  
alle Landesrechnungshöfe  
alle Ämter der Landesregierungen  
die Verbindungsstelle der Bundesländer  
das Bundesverwaltungsgericht  
das Bundesfinanzgericht  
alle Landesverwaltungsgerichte  
die Vereinigung der Mitglieder der Verwaltungsgerichte  
\*den Österreichischen Gemeindebund  
\*den Österreichischen Städtebund  
die Wirtschaftskammer Österreich  
die Bundesarbeitskammer  
die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs  
(Landwirtschaftskammer Österreich – LKÖ)  
den Österreichischen Landarbeiterkammertag  
den Österreichischen Rechtsanwaltskammertag  
die Österreichische Notariatskammer  
die Österreichische Patentanwaltskammer  
die Österreichische Ärztekammer  
die Österreichische Zahnärztekammer  
die Bundeskammer der Tierärzte Österreichs  
die Österreichische Apothekerkammer  
den Verband Angestellter Apotheker  
die Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten  
die Kammer der Wirtschaftstrehänder  
die Bundeskonferenz der Freien Berufe Österreichs  
den Verband der Öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs  
die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Wien  
die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Graz  
die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Innsbruck  
die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Linz  
die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Salzburg  
das Institut für Rechtswissenschaften der Technischen Universität Wien  
das Institut für Österreichisches und Europäisches Öffentliches Recht der  
Wirtschaftsuniversität Wien  
das Institut für Rechtswissenschaften der Universität Klagenfurt  
das Institut für Wirtschaft, Politik und Recht der Universität für Bodenkultur  
Wien

das Institut für Europarecht der Universität Wien  
 das Institut für Europarecht der Universität Graz  
 das Zentrum für Europäisches Recht der Universität Innsbruck  
 das Institut für Europarecht der Universität Linz  
 das Institut für Europarecht der Universität Salzburg  
 das Europainstitut der Wirtschaftsuniversität Wien  
 die Österreichische Gesellschaft für Gesetzgebungslehre  
 die Österreichische Juristenkommission  
 das Österreichische Institut für Rechtspolitik  
 das Österreichische Normungsinstitut  
 die Österreichische Gesellschaft für Schule und Recht  
 das Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte  
 das Österreichische Institut für Menschenrechte  
 die Österreichische Liga für Menschenrechte  
 die österreichische Sektion von amnesty international  
 den Hochkommissär der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge  
 den Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger  
 die Österreichische Bischofskonferenz  
 den Evangelischen Oberkirchenrat A und HB Wien  
 die Superiorenkonferenz der männlichen Ordensgemeinschaften Österreichs  
 die Vereinigung der Frauenorden Österreichs  
 die Vereinigung der Österreichischen Industrie  
 den Österreichischen Gewerkschaftsbund  
 die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst  
 den Verhandlungsausschuss der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes  
 die Bundessektion Richter und Staatsanwälte der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst  
 die Vereinigung Österreichischer Richter  
 den Verein der österreichischen Verwaltungsrichter  
 die Österreichische Universitätenkonferenz  
 die Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft  
 den Verband Österreichischer Zeitungen  
 die Bundes-Jugendvertretung  
 den Österreichischen Seniorenrat  
 den Hauptverband der Land- und Forstwirtschaftsbetriebe Österreichs  
 das Kuratorium für Verkehrssicherheit  
 den Österreichischen Automobil-, Motorrad- und Touringclub  
 den Auto-, Motor- und Radfahrerbund Österreichs  
 den Verkehrsclub Österreich  
 den Verband der Elektrizitätswerke Österreichs  
 den Österreichischen Wasser- und Abfallwirtschaftsverband  
 den Verband österreichischer Entsorgungsbetriebe  
 das Institut für nachhaltige Abfallwirtschaft und Entsorgungstechnik der Montanuniversität Leoben  
 den Fachverband Gas & Wärme  
 die Österreichische Vereinigung für Gas und Wasser  
 den Österreichischen Verband der Internet Service Provider  
 die ARGE Daten  
 den Berufsverband österreichischer SozialpädagogInnen

den Österreichischen Bundesfeuerwehrverband  
den Österreichischen Ingenieur- und Architektenverein  
den Handelsverband – Verband österreichischer Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels  
den Österreichischen Verband der Markenartikelindustrie  
die Vereinigung industrieller Bauunternehmungen Österreichs (VIBÖ)  
das Austrian Chapter International Advertising Association  
den Österreichischen Familienbund  
den Hauptverband der allgemein beeideten und gerichtlich zertifizierten Sachverständigen Österreichs  
die Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation  
den Österreichischen Bundesverband für Psychotherapie  
die Gesellschaft des Österreichischen Roten Kreuzes  
die Lebenshilfe Österreich  
die VIER PFOTEN - Stiftung für Tierschutz  
das Österreichische Hebammengremium  
den Österreichischen Fischereiverband  
das Forum Mobilkommunikation  
den Auslandsösterreicher-Weltbund  
den Arbeiter-Samariter-Bund Österreichs  
die Berufsvereinigung von Arbeitgebern für Gesundheits- und Sozialberufe  
die Kriminalitätsofferhilfe „Weißer Ring“  
den Bund Österreichischer Frauenvereine  
die Aktion21 – Pro Bürgerbeteiligung  
den Umweltdachverband  
den Verein „Ökobüro“  
den Verein „EU-Umweltbüro“  
die Wiener Zeitung  
den Verband der österreichischen Musikwirtschaft - IFPI Austria  
die Oberste Behörde f.d. gewerbl. Rechtsschutz  
den Österreichischen Journalisten Club

Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst übermittelt den Entwurf eines Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz geändert, ein Staatsverträge-Bundesverfassungsgesetz erlassen und das Staatsverträge-Bundesverfassungsgesetz geändert werden und ersucht um allfällige Stellungnahme bis

## **2. Mai 2017**

an die E-Mail-Adresse [slv@bka.gv.at](mailto:slv@bka.gv.at). Sollte bis zum oben angegebenen Zeitpunkt keine Stellungnahme einlangen, so wird das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst davon ausgehen, dass gegen den Entwurf keine Einwendungen erhoben werden.

Die Aussendung dient gleichzeitig als Übermittlung im Sinne des Art. 1 der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften, BGBl. I Nr. 35/1999; die Stellungnahmefrist im Sinne dieser Vereinbarung endet vier Wochen nach Zustellung.

Weiters wird ersucht,

- die Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates zu übermitteln, und zwar – bei Vorhandensein der technischen Möglichkeit hiezu – im Wege elektronischer Post an die Adresse

[begutachtungsverfahren@parlament.gv.at](mailto:begutachtungsverfahren@parlament.gv.at)

- und davon in der Stellungnahme Mitteilung zu machen.

21. März 2017  
Für den Bundesminister für  
Kunst und Kultur, Verfassung und Medien:  
HESSE

**Elektronisch gefertigt**